

Nebrer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefabgabe: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Atern.

Nr 4 Donnerstag, den 8. Januar 1931. 44. Jahrgang

Arbeit statt Stempelgeld.

Dietsch über die nächsten Aufgaben.

Auf der Landesversammlung der württembergischen Demokraten sprach Reichsfinanzminister Dietsch über die Wirtschaftskrise, das Arbeitslosenproblem und die Reparationsfrage. Der Pressabbaubau, der trotz oft von einem Teil der Bevölkerung fälschlich gemacht werde, bringe einen gewissen Ausgleich für den Gehaltsabbau. Die größte Sorge sei die Wirtschaftskrise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit, die zurzeit noch vergrößert werde durch die Auseinanderlegungen im Kohlenrevier, die die Regierung aber zu bewältigen hoffe. Auf 2,2 Milliarden RM. würden die Ausgaben für die Arbeitslosen ohne die Wohlfahrtsunterstützungen geschätzt, 1,7 Milliarden RM. betrügen die Tributlasten, über 2 Milliarden RM. die inneren Kriegskosten Deutschlands.

Die Frage sei nun: können wir unser heutiges Wirtschaftssystem in dieser Form erhalten? Der Redner bejahte diese Frage: Er lehne den Sozialismus grundsätzlich ab, sei aber der Meinung, daß die Aufrechterhaltung des produktivsten Systems nun möglich sei, wenn die Mängel, an denen es leide, ausgemerzt werden könnten.

Ein System, das nicht infandne wäre, mit der gegenwärtigen ungeheuerlichen Arbeitslosigkeit aufzuräumen, wäre dem Untergang verfallen.
Man dürfe sich daher keinem Zweifel darüber hingeben, daß es die Lebensfrage sei, nicht durch Verhinderung die Arbeitslosen zu unterkriegen, sondern sie zu beschäftigen. Für den Augenblick sei zu prüfen ob es einen Weg gebe, die Arbeitslosen anzufuttern. Der Redner meinte, daß wir für Millionen von Arbeitslosen über 2 Milliarden RM. ausgeben (mit dem, was die Gemeinden zahlen, seien es nahezu 3 Milliarden), ohne einen Gegenwert zu bekommen, sei so ungeheuerlich, daß trotz aller Bedenken das Betreten neuer Wege gemagt werden dürfe.

Wenn wir zuerst in einem Monat eine Dierietmilliarde brauchen für die Arbeitslosen, so könnte es vielleicht nicht allzu verkehrt sein, wenn man versucht, mit dieser Summe entweder die entscheidenden Rohproduktionen anzukurbeln, oder aber eine verarbeitende Industrie, die besonders viel lebenswichtige Rohprodukte verbraucht, in Bewegung zu bringen.

Er sehe darin keine Subventionen, wenn man in diesen Bereichen das, was die Arbeitslosen kosten, zur Verbilligung und zur Vermehrung der Produktion verwende, indem man für jeden Arbeitslosen eine entsprechende Summe ausahlt. Der Minister erklärte, er wisse, daß über diese Dinge der größte Sturm losgehen werde. Aber wo 4 Millionen Menschen in Gefahr seien, in die Verwerfung getrieben zu werden, seien politische Maßnahmen alles. Wir brauchen die Dinge nicht für die Ewigkeit zu machen, wir könnten sie einmal für ein Viertel- oder ein halbes Jahr probieren.

Man werde hier einwenden, alle Hoffnungen seien vergebens, wenn die Reparationsfrage nicht gelöst werde.
Die Zahlung der Tributlasten bedeute allerdings nicht nur einen Kapitalentzug für die deutsche Wirtschaft in einer Menge, die geringen würde, die gesamte Wirtschaft Deutschlands anzufuttern, sondern sie bedeute dadurch, daß wir das Kapital abgeben müßten, und durch den Verlust der Antriebsmöglichkeit eine steigende Menge Arbeitsloser, die wiederum die deutsche Volkswirtschaft belaste.

„Ja kann heute nicht sagen, welche Schritte die Regierung in der Reparationsfrage zu tun gedenkt. Aber wenn wir diese Angelegenheit anfallen müssen, wird die Beschäftigung sich so entwickeln, daß ein anderer Weg der Erhaltung der deutschen Wirtschaft nicht mehr offen ist, werden wir sie auf dem Boden der bestehenden Verträge anpacken. Man wird uns nicht mehr vorwerfen können, daß wir unsere steuerliche Belastung nicht hoch genug geschraubt haben.“

Der Redner ging dann auf die politische Veranoherung ein. Er wies darauf hin, daß ein Abgeordneter zugegeben habe, er werde das sein Ehrenwort gebrochen und erklärt habe, er werde das in Zukunft unter Umständen aus politischen Gründen wieder tun. Er wies darauf, daß die Nationalsozialisten im Reichstag die Dummheit, die nicht alle werden, mit unerfüllbaren Anträgen betreiben.

Diesem, die heute an der Spitze des Reiches stehen, glauben an die Lebensfrage und die Zukunft des deutschen Volkes. Wir haben nicht die Pflicht, das Steuer des Staates aus der Hand zu geben. Wir wissen, daß es schwer ist, die Wege zu gehen und zu gehen, die ins Freie führen. Aber wir sind entschlossen, uns durch den ungewissen Irrtum im deutschen Volk und manches gerade unverständliche Gebaren den Blick für das praktisch Mögliche nicht trüben zu lassen und den Kampf ebenso sehr mit Ruhe wie mit Energie zu führen in dem Bewußtsein, daß die Gegenwart die geleistete Arbeit nicht anerkennt, daß es aber darauf ankommt, wie sie in der Zukunft sich auswirkt.

Der Kanzler in der Grenzmark.

Die Verhandlungen in Königsberg

Königsberg, 7. Januar

Der Reichskanzler und die ihn auf der Ostreise begleitenden Herren begaben sich nach ihrer Ankunft in Rummelsburg nach dem Landratsamt, wo sie von Landrat

Breher begrüßt wurden. Am Anfangs hieran gaben Landrat Breher und Rummelsburger Reichs-Ratgeber eine ausführliche Darstellung der Notlage des Kreises Rummelsburg.

Reichsminister Treitschke betonte in seiner Antwort, daß die Reichsregierung durch die innerpolitische Entwicklung des letzten Sommers und Herbstes an der Durchführung der Kreditation, für die sich die damals auf den ausländischen Märkten Möglichkeiten geboten hätten, verhindert worden sei. Aber auch jetzt sei man bemüht, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Man sei aber entschlossen, in der Frage der Senkung der Zinsen und Zinsen den Weg weiterzugehen, den man bereits beschritten habe. So würden die Zinsen für die Umwandlungshypotheken, mit denen die Personalrechte abgelöst werden, von 11 bis 14 Prozent auf 5 Prozent gesenkt.

Reichsminister Dr. Brüning unterrichtete die Ausführungen des Reichsministers Treitschke und betonte gleichfalls, daß durch die innerpolitische Entwicklung des letzten Jahres die Wirkung der Dillisse verzögert worden sei.

Besonders gefährlich in der derzeitigen Zeit der Not sei eine Panikm Stimmung, die unversichert den Staatscredit und damit wiederum gerade die für den Osten beabsichtigte Hilfe gefährden müßte.

Die Aussprache in Schneidemühl.

Bald darauf erfolgte die Weiterfahrt nach Schneidemühl. Oberpräsident Dr. h. c. v. Bülow war dem Reichskanzler bereits am Vormittag entgegengefahren. Auf dem Bahnhof Schneidemühl hatte sich zur Begrüßung der Vizepräsident des Oberpräsidiums Gante eingefunden.

Im Oberpräsidium fand eine eingehende Aussprache mit den Spitzen der Behörden statt. Landeshauptmann Dr. C. A. P. verlas auf die besonderen Eigenschaften der Grenzmark.

Die einzelnen Wünsche und Forderungen der Grenzmark trugen dann vor: Landwirtschafstammerpräsident Weber, der Präsident der Industrie- und Handelskammer, Pöhlert, Handelskammerpräsident Schulz, Ministerialrat Frankenburg, der Präsident des Landesarzheitsamtes Brandenburg, Richter, Gemeindefreireiter Trautwig, Landrat W. H. von, Oberbürgermeister Schröder und Reichsanstaltsbeordneter Wege.

Reichskanzler Brüning wies in seiner Antwort auf die Schwierigkeiten der Regierung hin und fuhr dann fort: Die Unterhaltungen, die wir heute morgen hatten, haben uns gezeigt, daß trotz guten Willens auf allen Seiten es gerade für die östliche Landwirtschaf, aber auch für das östliche Gewerbe eine Reihe von Fehlerquellen gibt, die unbedingt beseitigt werden müssen.

Eines ist entscheidend auch für den Osten: Das ist der Mut zur Selbsthilfe. Ich habe die Pflicht, dieses Wort auszusprechen, und ich sehe diese Selbsthilfe nicht nur in einer Verbindung gemeinschaftlicher Arbeit, in einer Vereinigung dieser dem zusammenhängenden Dinge, in einer Vermeidung von Fehlschritten, die wir in vielen Gruppen kennenlernen, sondern in etwas anderem: Die elementare Selbsthilfe ist die politische Selbsthilfe. Was es heißt, wenn im Osten heute starke agitatorische Worte bei jeder Gelegenheit gebraucht werden und der Osten nicht die Kraft hat, im Reichstage es durchzusetzen, daß seine Abgeordneten die Mittel, die nötig sind zur Rettung des deutschen Volkes, ausbringen.

Mit Dankesworten für das treue Zuhören und dem Gelöbniß, die Grenzlande allezeit zu stützen, schloß der Kanzler.

Der Kanzler empfängt die Vertreter Ost-Brandenburgs.
Wie berichtet wird, hat sich Reichskanzler Dr. Brüning bereitwillig, entsprechend dem vom Oberpräsidium im Benehmen mit der Provinzialverwaltung gemachten Vorschlage, nach seiner Rückkehr in Berlin die Vertreter der ostbrandenburgischen Kreise, Städte und Wirtschaftsvverbände unter Führung des Oberpräsidiums zu empfangen.

In Königsberg.

Oberpräsident Dr. Siehr begrüßte den Reichskanzler, den Reichsminister Treitschke, Staatssekretär Dr. Krüger, Direktor Dr. Lauffer, Generaldirektor Dormpriedel und Ministerialdirektor Jarboe und drückte seine Freude darüber aus, daß Reichskanzler Dr. Brüning einen Teil der Reihe von Allen sein ausmüde. Er dankte den Herren dafür, daß sie sich Ostpreußen gefunden seien, und legte in einer etwa einfündigen Rede die Notie der Provinz Ostpreußen dar.

Klagen über die Landesnot.

Im Anschluß an die Ausführungen des Oberpräsidenten Dr. Siehr wies der Direktor des Landesfinanzamts Königsberg, Weidemann, darauf hin, daß die Wirtschaftsschwierigkeiten Ostpreußens auf den Mangel an Rohstoffen für die Industrie und den unangünstigen Kriegsausgang zurückzuführen seien. Als Vorsitzender des Provinziallandtages wies Gergel von den 20 e g -Markten darauf hin, daß man von Polen einseitig gegen Danzig, Brommellen und den Reggebitz zu erwarten habe, der Ostpreußen ganz besonders treffen müßte. Landeshauptmann Dr. Blum erklärte, die gegenwärtige Lage in Ostpreußen sei durch eine immer schneller fortschreitende Abnahme der

Wirtschaftskraft und eine entsprechende Abwanderung der Bevölkerung nach dem Reich gekennzeichnet. Oberbürgermeister Dr. U h m e r g schilderte die Entwicklung Königsbergs und wies insbesondere auf die Erwerbslosigkeit und Wohnungsnot hin. Der Präsident der Landwirtschaftskammer Dr. Brandes führte drei Punkte als besonders wesentlich an: 1. Die Wiederherstellung der Rentabilität in der Landwirtschaft und Steigerung der Produktion der bäuerlichen Veredelungswirtschaft; 2. die Konzentrierung der Hilfsmittel auf eine generelle Zähen- und Zinsentlastung; und 3. die Heranziehung der Selbstverwaltungen zur Stille und zur Beseitigung der Wirtschaftskrise. Des weitern brachten ihre Wünsche vor der Präsident der Industrie- und Handelskammer Dr. Eifen, ferner der Handwerkskammerpräsident Groß, der in der Beschaffung von Arbeit für das ostpreussische Handwerk die beste Hilfe für den Osten sieht.

Zum Schluß erklärte Reichsminister Treitschke, der eine Zweck dieser Reihe sei die Vorbereitung eines Hilfsverwerkes, das für Jahre hinaus festgelegt werden soll. Sodann erklärte

Reichskanzler Brüning

man möge nicht glauben, daß die Reichsregierung durch diese Reize über den Zustand in den Ostgebieten unterrichtet werden müßte. Das sei in vollem Maße schon seit Monaten, ja Jahren erfolgt. Wir wissen, daß eine gewisse Herosität im Volke von Verlautbarungen jenseits der Grenze in den vergangenen Monaten in Ostpreußen eingetreten ist. Wir sind der Ansicht, daß ein Grund für eine solche Herosität nicht vorhanden ist, wenn wir gemeinsam — Reichs- und Staatsregierung — alle Kräfte bündeln legen, um zunächst einmal wirtschaftlich die etiernde Wunde im Osten zu schließen. Das andere kommt und muß kommen.

Das gibt nur eine Gerechtigkeit.
Den Wohlwollenden und Einsichtigen ist absolut klar, was ich damit gemeint habe. Wir haben manchmal den Eindruck, aus Stimmungen aus dem Lande, das sich — dem Begriff der starken Taten gewisse experimentelle Entschlüsse legen oder der Wunsch nach ihnen, zunächst einmal alles zu zerlegen, um eine tabula rasa zu schaffen und dann alles von neuem wieder aufzubauen. Meine Herren, gegen diese Stimmung muß ich mich mit aller Schärfe wenden. Es gibt nur eines für uns, klar zu sehen, klar zu erkennen, was zu tun und uns auf die Lebensmöglichkeiten zurückzuziehen, die uns zurzeit gegeben sind und mit dem Vorhandenen hauszuhalten. Sie haben uns Worte der Kritik ausgesprochen. Sie haben Forderungen aufgestellt.

Ich begrüße das. Wir können Kritik sehr wohl entgegennehmen. Aber um eines bitte ich Sie, sorgen Sie dafür, daß die Provinz Ostpreußen ihren ganzen Einfluß, ihre ganze politische Kraft frei vom Extremem und Unberechenlichen hält. Ich verweise auf die Perion des hochverehrten Herrn Reichspräsidenten, der diese Reize mit warmem Herzen verfolgt. Er ist uns ein Muster von Pflichterfüllung auch in der schwersten Zeit und wenn es ihm an weitausgedacht wird. Sie können überzeugt sein, daß Ostpreußen niemals vom Reiche aufgegeben wird.

Oberpräsident Siehr sprach sodann die Erwartung aus, daß es ihm gelingen würde, die Einheit zwischen den verschiedenen Volksschichten in Ostpreußen herbeizuführen zum Wohle der Provinz.

Deutschland und seine Gläubiger.

Stockholm, 6. Januar.

Unter der Ueberschrift „Deutschland läßt seine Gläubiger nicht im Stich“ — verliert den Mut nicht“ bringt „Svenska Dagbladet“ eine Unterredung mit dem Reichsbankpräsidenten Luthar. Dr. Luthar erklärte dem Blatt zufolge u. a.: „Wenn man noch irgendwo an der Stabilität der deutschen Reichsmark gewweifelt habe, so muß die Kritik, die Deutschland jetzt überhand tut, die Zweifel eines Besseren belehrt haben. Mit großem Nachdruck muß von deutscher Seite betont werden, daß zum Youngplan auch die Voraussetzungen gehören, die von den anderen erfüllt werden müssen. Deutschland kann keine Tributzahlungen nicht leisten, wenn es nicht ausreichend ausführen kann.“

Es ist weiter unvorstellbar, daß die internationale Zunahme der Kaufkraft des Goldes nicht auch auf die Quote der Reparationszahlungen rückwärts folle. Der leidende Gedanke des Dawesplanes war, Deutschland nicht über sein Zahlungsvermögen zu belasten. Dies muß natürlich auch für den Youngplan gelten. Man muß darauf Rücksicht nehmen, daß der Lebensstandard des deutschen Volkes beibehalten werden kann.“

Die veränderten Verhältnisse, die sich aus der Zunahme des Goldwertes ergeben, müssen dem Vordrücktstrebenden neue Möglichkeiten öffnen. Je deutlicher Deutschland seine Unterdrückung unter dem Youngplan als bindend anerkennt, um so größerer Kraft kann das Land von der übrigen Welt erwarten. Man muß fordern, daß sie ihre Schuldtitel tun. Man muß damit rechnen, daß ein zunehmendes Verfallnis für die wirtschaftlichen Gefahren der jetzigen Reparationsregelung die Anwendung solcher Punkte herbeiführt, die unmöglich beibehalten werden können.“

Niedriger hängen!

Daris, 6. Januar.

Der Sonderberichterstatter des „Journal“ teilt seine sogenannten „Entfüllungen“ über die „geheimen Vorbereitungen“ Deutschlands fort.

Er berichtet fest von rüchlichen Arbeiten an der deutsch-polnischen Grenze. Im Gebiet der maritimen Seen habe man dort ansehnliche Bauen entdeckt ohne Summen für ihre Grundfläche bezahlt, auf denen man sodann ganze Scharen von logenartigen Einwohnern angelockelt habe. Besonders in der Gegend von Fischdamm, Neuhöding und Flammberg würden seit Monaten räuberische Arbeiten ausgeführt. Zwei Meter breite Stachelbinderbaue umgaben die Grundfläche im Umkreise von mehreren Kilometer, und überall verstreute Wäpser achteten darauf, daß kein Unbereufer sich der Gegend näherte.

Auf den Grenzbahnhöfen am Korridor habe man seit Monaten eine merkwürdige Zunahme des Verkehrs bemerken können. Ganze Wäpserzüge mit Zementblöcken und sonstigem Baumaterial wurden nach Ostpreußen geschickt, und es besahe daher kaum ein Zweifel, daß man dort umfangreiche Befestigungsarbeiten vornehme.

Dem geheimen Beobachter, dessen Rolle der Berichtserfasser das „Journal“ spielen möchte, ist es natürlich nicht möglich gewesen, sich mit eigenen Augen diese „rüchlichen Befestigungsarbeiten“ anzusehen, weil man angeblich niemand hereinläst. Seine außerordentliche Gefährdung stellt sich ihn aber dennoch Gefährdungen für Beobachter hielten, in denen Maschinengewehre und Kanonen verborgen sein sollten. Daß man die Getreidebesitzer sorgfältig beobachtet, zumal sie unweit der polnischen Grenze liegen, ist jedem Menschen verständlich, scheint aber dem Berichtserfasser das „Journal“ um so weniger einleuchten zu wollen, als er ja pflichtgemäß über „Deutschlands geheime Rüstungen“ berichtet hat.

Friedensstimmung in Rußland.

Molotow über die Außenpolitik.

Moskau, 6. Januar.

Auf der Tagung des Zentralerziehungsministeriums der Sowjetunion, die zu einer großen politischen Rundgebung angeordnet wurde, hat der neue Vorsitzende des Rates der Volkskommissare Molotow ein Referat über den Wirtschaftsplan für 1931 gehalten, das er zugleich zu einem Heberhöf über die geopolitische Lage Sowjetrußlands ausgearbeitet hat.

Neben dem wirtschaftspolitischen Ausführens, in deren Mittelpunkt die beschriebene Durchführung des Fünfjahresplans in einer Zeitperiode von vier Jahren stand, das Jahr 1931 ist davon das dritte — behandelte Molotow die Beziehungen der Sowjetunion zu den anderen Staaten, zunächst ebenfalls unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die durch die Verwirklichung des Fünfjahresplans erleichtert werden kann, aber auch nach der politischen Seite hin. Hier ist bemerkenswert die besonders starke Betonung des Friedenswunsches Sowjetrußlands, die bisher bei keiner offiziellen Verlautbarung so eindeutig betont wurde.

Neue Danziger Regierung.

Einigung über die sechs beiderseitigen Senatoren.

Danzig, 6. Januar.

Die Verhandlungen über die Bildung der neuen Danziger Regierung haben nunmehr zu einer Einigung über die sechs beiderseitigen Senatoren geführt. Der neue Senat wird bekanntlich nur aus 12 Senatoren bestehen (früher 22), sechs beiderseitig und sechs unpolenische Senatoren.

Für die Vertreter der beiderseitigen Senatoren werden von den Nationalparteien (Deutsche, Zentrum und Block der nationalen Mitte) folgende Persönlichkeiten in Vorschlag gebracht werden: Präsident des Senats, der zugleich die auswärtigen Angelegenheiten und das Handelsministerium übernimmt: Dr. Ernst Reim (Dn); Stellvertreter Präsident des Senats: Dr. Wilhelm Bierlein (P); Ratler (Chr.); Senator des Zentrum: Landrat hiez (Dn); Senator für öffentliche Arbeiten: Dr. Hugo Althoff (Chr.); Senator für die Finanzwesen: Dr. Julius Hoppenrath (D. Volksgem.); Senator für Handel und Verkehr: Dr. Kurt Bawier (Wirtschaftsp.). Von den unpolenischen Senatoren dürfen noch je zwei auf die Deutschen und auf das Zentrum entfallen. Man nimmt an, daß die Einigung über die unpolenischen Senatoren nicht bald zustande kommen wird. Dr. Sahn und die sozialdemokratischen hauptamtlichen Senatoren selber aus dem Senat aus. Die Wahl des neuen Senats wird voraussichtlich Ende dieser Woche, spätestens aber bis Mitte Januar erfolgen.

Aufgaben der Außenpolitik.

Auslassungen des Reichsaussenministers Dr. Curtius.

Porzheim, 6. Januar.

Im Verlauf einer parteipolitischen Versammlung erklärte Reichsaussenminister Dr. Curtius, er sei nach Baden gekommen, um für den ihm von dem Reich für das Vertrauen seiner nächsten Parteifreunde zu stehen, nachdem es ihm gelungen sei, in Ostpreußen und Oberhessen gleichfalls Vertrauen zu erwerben.

„Ich kann Ihnen nicht versprechen“, sagte Dr. Curtius, „daß wir in Genf in den entscheidenden Fragen unseres Vaterlandes große außenpolitische Erfolge werden erzielen können, ich kann Ihnen aber wohl versprechen, daß ich meine ganze Persönlichkeit für Deutschland und für Deutschlands Ehre einsetzen werde. Ich hoffe, den Widerhall der ganzen Nation dafür zu finden, was ich in Genf zu erklären habe. Im gegenwärtigen Augenblick stehen die Fragen des nationalen Staates und der nationalen Idee im Vordergrund an jenen gelangen innerpolitischen Geschehens.“

Das tragische an der Lage des Außenministers ist, daß er genötigt ist, fortwährend seine ganze Kraft daranzusetzen, die nationalen Leidenschaften zurückzudämmen und sie in ein klarbedingtes Vernehmen zu leiten, und daß manchmal auch die eigenen Parteifreunde nicht verstehen, warum der Außenminister so und nicht anders gehandelt hat.

Niemand könne den Tag herbei sein, er, an dem es möglich sein werde, die entscheidenden Schritte für die wirkliche Befreiung des Vaterlandes zu tun. Niemand könne einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise zeigen und entscheidende außenpolitische Erfolge in Aussicht stellen.

Aus dem In- und Ausland.

Gottesdienst aus Anlaß der Reichsgründung.

Berlin, 7. Januar. Aus Anlaß der Reichsgründung wird am Sonntag, den 18. 1. 1931, vormittags 10 Uhr, unter Mitwirkung des Staats- und Domhofs in Berlin, dem am öffentlichen Gottesdienst teilnehmenden, bei dem der Geistliche, Bischofpräsident des Evangelischen Oberkirchenrates, Oberdompropäst Bernhard, amtierenden, Mitglieder des Parlamentes werden an dem Gottes-

dienst teilnehmen. Mit Rücksicht auf die Feier der Reichsgründung am Reichstagsgebäude wird der Gottesdienst pünktlich um 11 Uhr schließen.

Tagung des preussischen Staatsrates.

Berlin, 7. Januar. Der preussische Staatsrat wird am Dienstag, den 18. Januar, zu einem weiteren Sitzungsbisshof mit zusammenzutreten. Es liegen als besondere Beratungsgegenstände vor die Entwürfe eines Polizeiverwaltungsgesetzes und des Gesetzes zur Aufhebung veralteter Polizei- und Strafgesetze sowie der Ministerialerlass über die Neuordnung des juristischen Studiums. Der Verfassungsausschuß wird einige Tage vor dem Zusammentritt des Plenums die Vorlesung vorbereiten. Am Ausschluß ist auch eine allgemeine Befreiung über die Straffälle mit dem Staatsministerium hinsichtlich der Vorlesung von Rechtsverordnungen vorgesehen.

Eine französische Schluppe in Marokko.

Paris, 7. Januar. Aus hier vorliegenden Mitteilungen aus Calablanca geht hervor, daß im Süden von Marokko am Sonnabend französische Truppen, die sich auf einem Erkundungszug befanden, von marokkanischen Aufständischen überfallen wurden und eine schwere Niederlage erlitten haben. Die Franzosen mußten sich zurückziehen und hatten an Toten einen Hauptmann, einen Leutnant und elf Mann zu beklagen. Außerdem wurden ein Leutnant und sechs Mann verwundet. Ein Offizier wird vermißt.

13 Genier Tagungen im Januar

Genf, 7. Januar. Im Laufe des Januar finden im Völkerbund 13 verschiedene Tagungen statt, darunter am 19. Januar die zweite Tagung des Europäischen Ausschusses, am 19. Januar die ordentliche Tagung des Völkerbundesrates. Ferner liegen im Januar der Zentral-Opium-Ausschuß, der Zentralausschuß des Internationalen Erziehungs-Institutes in Rom, der Ausschuß der Landwirtschaftlichen Sachverständigen, der Gold-Ausschuß des Völkerbundes sowie der Zentralausschuß des Institutes für selbstige Zusammenarbeit.

Die amerikanischen Marinetruppen in Maracaibo.

Neuperf, 7. Januar. Wie aus Washington gemeldet wird, hat der amerikanische Senat eine Entschließung angenommen, in der Staatssekretär Stimson aufgefordert wird, dem Senat alle Schriftstücke und Denkschriften über die amerikanischen Marinetruppen in Maracaibo einzulegen, um die Frage zu prüfen, ob die Befragung weiter aufrechterhalten werden soll.

Kleine politische Meldungen.

Reichsminister von Gerlach berufen. Reichsminister von Brüning hat einen bis zum 18. Januar dauernden Urlaub angetreten.

Benzelos nach Rom abgereist. Der griechische Ministerpräsident Benzelos hat Wien verlassen und ist nach Rom abgereist.

Drobbriefe an Owen Young. Owen Young, der in den letzten Tagen mehrere Drobbriefe erhalten hat, wird auf Anordnung der Polizeibehörden von besonderen Detektiven bewacht, um ihn gegen eventuelle Anschläge zu schützen.

Aus der Umgegend

Nepra, 8. Januar.

Der Winter klopft an! Ja, ja, die Tage an zu langen — kommt der Winter angegangen. Das trifft auch diesmal zu. Seit heute morgen scheint es, zwar nicht anhaltend und auch nicht tief, aber es hat den Anschein, als wolle der Winter sich ansässig machen. Zunächst ist er wohl jedermann willkommen, namentlich der Jugend, und ob er sich lange der Gunst des Publikums erfreuen darf, kommt ganz darauf an, wie er sein Regiment führen wird. Nun hoffentlich nicht allzu streng.

Abonnements-Konzert. Unser Stadtdirektor veranstaltet am kommenden Sonntag im Saale des „Schönen Hauses“ wiederum ein Abonnements-Konzert. Da die guten Leistungen unseres Stadtdirektors je genaugem bekannt sind, wurde es für Herrn Musikdirektor Stein sehr zu begrüßen sein, wenn unsere Einwohnerschaft ihre Sympathie durch zahlreichen Besuch wieder einmal bezeugen würde, umfomehr, da dem Konzert ein siesher gemüthliches Tanztänchen sich anschließt. Außerdem verweist wir noch für Sonntag auf die Voranzeige unserer Stadt-Spielstätte: „Der blaue Engel“. Da es sich auch hier wieder um einen Eitelstilm handelt, versäume man nicht, sich „Engel“-Einstimmung durch Ironischnahme befragen Stills zu holen.

Chormeiestertragung des Instrumentärgenosses. Am vergangenen Sonntag vernehmen sich in Hohenleben die Chormeiester des Instrumentärgenosses, der erlebte Stimmfänger zu besprechen. Der Vorsitzende des Genosses, Lehrer Albrecht-Hohenleben, begrüßte die Teilnehmer. Die Zeitung der Tagung lag in den Händen des Chormeiesters Lehrer Strein-Hohenleben. Im Mittelpunkt der Veranstaltung lag ein Referat über die praktische Verwendung der Schallplatte im Dienste des Männergefanges, das durch zahlreiche Beispiele auf Schallplatten interessant unterrichtet wurde. Kantor Schalkmann-Nepra, der zweite Vorsitzende des Genosses, berichtete über seine Teilnahme an Chormeiesterkongress des Verbandes in Halle. Um ein gleichnamiges Vedeque bei Zusammenkünfte der Sänger des Genosses zu haben, wurden Vorschläge für die einzelnen Vereine feldgelegt. Dann wurden praktische Fragen des Dirigierens besprochen. Zum Schluß folgte ein Vortrag über die Ständer des Männergefanges, über die Zerstörerbederfall.

Einbruch in Wendefisch. In der Nacht vom 2. zum 3. Januar verkrachten sich Diebe gewaltig einen Zugang in die inneren Räume der Wendefischer Mühle und entwendeten von den darin untergebracht Körnerfrüchten etwa 5 Zentner Getreide. Das gestohlene Gut wurde durch Verkauf bald zu Geld gemacht und dieses vertheilt in die inzwischen von untern Polizeibehörden als Täter mittelbaren zwei jungen Weislingen Hermann Schaffs aus Wendefisch, Fritz Raus aus Ralsbrietz folglich in Erfurt, Artern und Ralsbrietz. Einer von ihnen, Schaffs, wurde in Querfurt im Schnellgerichtsverfahren mit 3 Monaten Gefängnis bestraft.

Vom Ständesamt Hohenleben. Im Jahre 1930 wurden beim hiesigen Ständesamt, zu dem die beiden Orte Hohenleben und Wendefisch gehören, registriert: Geburten: 511, (1929: 73), davon 47 in Hohenleben, 4 in Wendefisch (29 männlich, 22 weiblich Geschlechts); Todesfälle: 29, davon 25 von Hohenleben, 4 von Wendefisch (1929: 19 männlich, 9 weiblich, 1 Geburten). Wie hoch die Schwankungen in der Zahl der Geburten ist, kommt am besten in einer Aufstellung, welche die Zeit von 1875 bis 1929 umschließt, zum Ausdruck. Obwohl die Ein-

wohnerschaft von Hohenleben fest, wenn auch nicht erheblich, zugenommen hat, waren früher die Geburtenzahlen mehr als doppelt so hoch wie jetzt. Es wurden geboren in den Jahren:

1875 — 110	1894 — 101	1913 — 111
1876 — 88	1895 — 85	1914 — 88
1877 — 105	1896 — 94	1915 — 66
1878 — 87	1897 — 81	1916 — 60
1879 — 97	1898 — 75	1917 — 61
1880 — 103	1899 — 99	1918 — 45
1881 — 102	1900 — 85	1919 — 66
1882 — 76	1901 — 69	1920 — 104
1883 — 99	1902 — 82	1921 — 110
1884 — 82	1903 — 86	1922 — 105
1885 — 117	1904 — 101	1923 — 82
1886 — 85	1905 — 97	1924 — 83
1887 — 109	1906 — 71	1925 — 64
1888 — 96	1907 — 108	1926 — 76
1889 — 106	1908 — 95	1927 — 63
1890 — 104	1909 — 90	1928 — 73
1891 — 101	1910 — 101	1929 — 73
1892 — 102	1911 — 98	— — —
1893 — 101	1912 — 99	— — —

Die Zuckerfabrik Hohenleben verarbeitete in ihrer am 1. Oktober begonnenen und am 16. Dezember beendeten Kampagne 1315000 Zentner Rüben. Es hat die Fabrik damit zum erstenmale die Millioengrenze ihrer verarbeiteten Rüben nicht erreicht, sondern nur weit überschritten.

Erneute Siedung des Deutschlands durch einen russischen Telegraphenredner.

Nachdem durch die Verhandlung mit der Delegationsverwaltung der Sowjetunion die Abnahme des Deutschlandsenders des Sowjetdienstes am Welle 183,5 kHz (1635 m) durch den russischen Telegraphenredner RAX Anfang Dezember vorübergehend verschoben worden, sind die seit einiger Zeit durch die Übernahmestelle des Reichspostzentralamtes (Telegraphentelefonisches Reichsamt) erneut festgestellt worden. Daß diese Störungen tatsächlich bestehen, beweisen auch zahlreiche Klagen von Rundfunkhörergruppen aus allen Teilen Deutschlands. Das Reichspostministerium ist daher erneut bei der Delegationsverwaltung der Sowjetunion wegen dringender Abstellung der Störungen vorklagend geworden.

Hohenleben [Offene Stenographie] Mein Rufname war mit dem im Jugendheim abgehaltenen Vortrag für Arbeit und Gehalt gestern Abend im „Deutschen Haus“ angelegt offene Singstunde hat seitens der Einwohner unseres Ortes nicht die Beachtung gefunden, die ihr gebührt, und die zu erwarten war. Der Saal hätte noch viele Besucher gehabt und gewiß wird heute mancher bedauern, daß er nicht hingegangen ist, wenn er die Schilderung über den Verlauf durch die Teilnehmer gehört hat. Schon die Anordnung der Stühle deutete die Besucher darauf hin, daß es für unseren Ort etwas ganz Neues sein wird, was der Abend bringen soll. Und im Kreise waren die Stühle in mehreren Reihen aufgestellt, in der Mitte befand sich der Platz für die Musik und die Anführer. Kurz vor Beginn fertigten noch der Herr Regierungspräsident von Sarnack in seiner Begleitung befanden sich Herr Landrat Dr. Wandersleb und Herr Regierungsrat Althaus. Die Einleitung bildete ein Violin-Konzert, von Kurlistellern unter Leitung des Herrn Dr. Pungershausen-Salle vorbildlich vorgelesen. Der Saal-lehrer Doll-Halle ergreift hierauf das Wort, um den Melodiern den Gedanken der offenen Singstunden klar zu machen. Viele Menschen, die in ihrer Jugend gelangt haben, haben das Singen verlernt. Einer der Vortragenden über einen Chor gesprochen, sie nicht an und so sind sie verlernt, sie finden nun ganz selten den Weg zum schönen deutschen Liede wieder. Und noch tief gerade der Gehung zu Sause, bei der Arbeit und auf Wanderungen ein Quell reifer Freude, eine Brücke über die Trübsal des Alltags. Dazu gehöre eine große Schulung, wie sie der Chor verlange und verlangen müsse, sondern nur der Mut, den Anfang zu machen, Lust und Liebe zur Sache stellt sich dann von ganz allein ein. Daß dies tatsächlich der Fall ist, bewies der Verlauf des Abends. In ganz kurzer Zeit lernten die Besucher mehrere Lieder singen — nicht vorzutragen. Das schöne an diesen Veranstaltungen ist, daß es keine Trennung in Vortragenden und Zuhörer gibt, sondern alles singt mit. Auf Stimmbildung, Atemtechnik usw. wird verzichtet, denn es wird ja nicht für ein Konzert, sondern für den täglichen Gebrauch geübt und nur die Freude am Liede soll zur Geltung kommen. Daß es auch mit ganz kurzen Erklärungen möglich ist, die wohlgehende Stimmung eines Liedes herauszuarbeiten, beweisen die Beispiele. — Herr Regierungspräsident von Sarnack gab mit recht humorvollen Worten seiner Freude über die lebte Stunde Ausdruck. Vor dem Auseinandergehen hielt Herr Doll noch einen kurzen Rückblick auf die Singstunde und brachte zum Ausdruck, daß man die offene Singstunde nicht vergleichen dürfe mit der Singstunde des geschlossenen Chores, sie sei etwas ganz anderes und wolle etwas ganz anderes, nämlich: das Volk in seinem Gemüthlichkeit dem Liede wieder zuführen, es soll nicht nur dem Gehung lauschen können, nein, es soll selbst singen — wenn auch lustlos, aber freudigen Herzens.

Artern. (75 Jahre Familienfest) Die Wandersrei und der Verlag des „Arterner Anzeiger“ ist mit dem 2. Januar 1931 75 Jahre in dem Feste der Familie Hoffmann gedenken. Das hat 1857 mit im Geschäft seiner Sohn ebenfalls Wandersrei ist und nach dem Grundlag handeln wird. Was zu ererbte von denen Vätern hat, ererbte es, um es zu besitzen, darf man wohl voraussetzen, daß die Familie Hoffmann im Dienste der schwarzen Kunst in Artern die „100“ erreichen wird. Das wird dann ein gewaltiger Band von „Hoffmanns Erzählungen“ geben. Zunächst unserer herzlichsten Glückwünsche zu. 75

Halle. Die Streifbewegung in der Papierindustrie ist bis Dienstagmorgen ohne besondere Zwischenfälle verlaufen. In Artern, wo nicht getreift wird, machte sich bei der polizeilichen Räumung des Waldes an der Papierfabrik, wo sich etwa 400 Personen angemeldet hatten, ein Führer der Streifbewegung des Widerstandes schuldig und mußte festgenommen werden. — In Eisleben ist am Dienstag eine große acht Arbeiter, die am Montag getreift hatte, wieder an der Arbeitsstelle erschienen.

Erfurt. Die Reichsbahndirektion Erfurt ist vom 1. Januar ab durch Zuteilung von vier Strecken des Direktionsbezirks Dr. 2 es in dem Osten erweitert worden. Es handelt sich dabei um die Strecken Ronneburg-Beerwalde, Gera-Ronneburg-Göbnitz-Werba, Mühlendörfel-Weida-Mühlheuer, Gera-Greiz, allerdings ausschließlich der Die Beerwalde, Göbnitz, Werba, Mühlheuer und Greiz selbst, die beim Direktionsbezirk Dresden verbleiben. Es handelt sich bei diesen Strecken allerdings nur um die Regelleistung des Finanzjahres entsprechend der vorgeschlagenen Betriebsänderungen ab 1. Januar, denn die Schiffsche Regierung hat gerichtliche Entscheidung über die Maßnahmen der Reichsbahn beantragt. Die Reichsbahnverwaltung scheint allerdings auf eine Gerichtsentscheidung zu ihren Gunsten zu rechnen.

Torgau. Außerhalb der Stadt Torgau hauste seit Jahren in einer verfallenen Hütte der 70 Jahre alte an Bauern und Kaufmännern Max Bager. Der Alte, der von Zeit zu Zeit von mildtätigen Leuten mit Nahrung versehen wurde, mußte in den letzten Tagen vergesen worden sein; ein einlamer Spaziergänger, der an der Hütte vorbeiging, hörte aus ihr schwache Hilferufe und entdeckte den alten Mann in einem ganz verachtlichen Zustande. Er nahm ihn mit sich nach Hause. Vor dem dort das Dach eindringenden Regen hatte sich der Sonberling durch ein über das Gesicht gelegtes Pergamentpapier geschützt; er war bald erirret. Der Alte bat sich sein Gesicht selbst gewahrt, er wollte nicht unter Menschen wohnen und jag daher den Aufseher in der freien Natur vor.

Stendal. Der übliche Redigenten. Zwei 17 Jahre alte Burken, die sich mit einem Aufzugwerk vernetzt, legten auf den neuntägigen Fahrt 8 und 10 in an, in der Meinung, das Gewehr sei nicht geladen. Der Schuß traf den Knaben, der sofort beunruhigtes zusammenbrach und mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Nah und Fern.

Berlin. Selbstmord eines Staatsanwaltschaftsrates i. R. Der 63jährige Staatsanwaltschaftsrat i. R. Gustav Dillroge wurde in seiner Wohnung Mollatstraße 14 erdolcht. Aufgefunden wurde er am frühen Morgen Selbstmord. Der Dolch, der aus Ostpreußen gebüchsig ist und früher bei der Staatsanwaltschaft III tätig war, ist seit einiger Zeit an Schwermut und Nervenzerüttung.

Berlin. Mordanschuldiger. In der Prinzengasse ist ein Mann aufgetaucht, der bei Familien vorprach, um Abnennen für eine angeblich bestehende städtische Krankenversicherung zu werden. Gegen Bezahlung von monatlich 2 RM verpflegt er freie ärztliche Behandlung in den Gemüthsanstalten. Ein Herr unter Vorbehalt der Vorkostenordnung festgelegte Gebühren für den Kranken sein. Da anzunehmen ist, daß der Schuldner aus andern Umständen auftritt, wird darauf hingewiesen, daß eine ärztliche Versorgung auf dieser Grundlage nicht besteht und auch nicht geplant ist. Es wird gebeten, den Schuldner bei erneutem Auftreten der Polizei zu übergeben.

Berlin. Zur Luftfahrt in der Luftlandstraße. Wie das Polizeipräsidium im Zusammenhang mit der Luftfahrt in der Luftlandstraße, welche die Polizei zunächst nach den unzulässigen Flüchtlingen oder sich verordnen haltenden Eltern: 1. Kaufmann Rudolf (Rud.) Becker 24 Jahre alt, bisher am Friedr. Schloß 7 wohnhaft, 2. Maier Mar. Hauptide, 24 Jahre alt, bisher Kaltenbergstraße 21 wohnhaft, und 3. Maurerlehrling Hans Rollap, 19 Jahre alt, bisher Cobdenstraße 8 wohnhaft.

Berlin. Verbrechen von Siemens bei einem Auto. In der Potsdamer Straße 14, wo der Berliner Straße in der Höhe der für die 43jährige Werner von Siemens, wohnhaft Kantow, Gärtnerstraße 25 bis 32, auf der Probezeit mit seinem Personkraftwagen mit einem Bierlieferwagen zusammen. Der Personkraftwagen wurde schwer beschädigt. Werner von Siemens trug leichte Schnittwunden über dem rechten Auge davon. Er wurde auf der zuständigen Bestimmungskette verbunden und konnte dann nach Hause entlassen werden.

Stuttgart. Elli Weinhorn in Basel. Die Fliegerin Elli Weinhorn, die in Wöhringen fliegt, mußte wegen heftigen Schneetreibens bei Bessingen im Schwarzwald auf freiem Felde notlanden. Nach mehrtägigem Aufenthalt erfolgte der Weiterflug bis nach Basel, wo die Fliegerin die Nacht verbringt.

Koblenz. Die Hochwassergefahr am Rhein in Koblenz. Die Hochwassergefahr am Rhein in Koblenz wird mitgeteilt, daß der Oberrhein noch langsam steigt. Mit erheblichem Steigen des Wassers wird in Koblenz nicht mehr gerechnet. Der Pegel in Koblenz zeigte 5,53 Meter, und man hofft, daß bei Anhalten der eingetretenen Wetterbesserung ein Stand von 5,60 Metern nicht überschritten wird. Die Eröffnung des Hochwasserdienstes wird deshalb unterbleiben. Saarbrücken meldet ein flühliches Fallen der Saar um 4 Zentimeter.

Gesam. Die Feuerkatastrophe einer Gummiabrik. Aus bisher unbekannter Ursache ereignete sich in der Gummiabrik Müller ein Brand, der großen Schaden anrichtete. Die Flammen fanden in den großen Gummivorläufen die Nahrung. An den Vorarbeiten beteiligten sich auch Feuerwehren aus Sachsen.

Böhm. Ein umfangreicher Sprengstoffdiebstahl wurde im Dynamitlager des Ralkenbruchs der Internationellen Maximilianshütte am Deppitzer Berg verübt. Die noch unbekannt Täter brachten drei Türen zum Sprengstofflager auf und stahlen etwa 50 Kilogramm Ammonit. Die Suche nach den Tätern ist im Gange. Man vermutet, daß der Sprengstoff zu politischen Zwecken gestohlen worden ist.

Delsitz i. B. In der Grenzgemeinde Hefstein in bei Hefstein kam der 28 Jahre alte schweizerische Arbeiter Kurt B. bei dem Brand seines Hauses in den Flammen um. Radel, der als Schmutzgefangener bekannt war konnte nachgewiesen werden, daß er zwei Stück Rindvieh nachts heimlich über die Grenze gebracht hatte. Von Grenzbeamten waren die Spuren in dem frisch gefallenen Schnee deutlich festzustellen. Die Beamten, die nach dem Grundbesitz Radel führten. Die Beamten notifizierten sich mit einem Grenzmann vor das Radelische Haus. Dieses ging pflöglich, von Radel selbst angezündet, in Flammen auf, in denen Radel umkam. Aus dem Stall, der sich im Erdgeschoß des Hauses befand, konnten die Beamten, fünf Stück Rindvieh retten, darunter die zwei geschmuggelten Tiere. Der Feuerwehrel gelang es, das Feuer auf seinen Feind zu beschränken und die Scheune zu retten. Radel hatte das kleine Gut ganz allein bewohnt und bewirtschaftet.

Endfinales. Selbstmord eines Kriminalbeamten. Der seit drei Jahren das Grenzkommando in Endfinales leitende Kriminalbeamte Dr. Gerling hatte sich erschossen. Dr. Gerling hatte sich außer einer schweren

Verletzung im Kriege ein Verwundeten ausgezogen. Er hat seinen Leben wahrscheinlich in einem Zustand nervöser Ueberregung ein Ende gemacht.

Massenflug über den Ozean.

Das italienische Geschwader nach Brasilien geflort.

Rom, 7. Januar.
Das italienische Ozeanfluggeschwader ist in der heutigen Vollmondnacht unter Führung des Generals Balbo in Bolama (Portugiesisch-Guinea) um 1.10 Uhr Ortszeit (3.10 Uhr MEZ.) zu seinem Flug nach Port Natal (Brasilien) geflort.

Für die Strecke von rund 3000 Kilometern sind etwa 18 Flugstunden vorgezehen. Demnach würden die Flieger am Dienstag gegen 21 Uhr am Ziele sein. Der Aktionsradius der Wasserflugzeuge beträgt etwa 2000 Kilometer, rund 500 Kilometer mehr als die normale Flugstrecke, die über die Fernando Noronha-Inseln führt.

Der italienische Südamerikaflug geblüht

Rom, 7. Januar.
Die ersten zehn Flugzeuge des zwölf Maschinen unitalienischen italienischen Geschwaders, die gestern nachmittags 5 Uhr Ortszeit über den Inden Fernando de Noronha geschlort wurden, sind 18.10 Uhr an der südamerikanischen Küste bei Port Natal eingetroffen. Der Atlantische Ozean wurde damit auf einer Strecke von 3000 Kilometer in sieben Stunden überflogen. Die zum Empfang ihrer Landsleute zugereisten zahlreichen Italiener haben den Fliegern einen begeisterten Empfang bereitet.

D-Zug Berlin - Beuthen verläßt.

Berlin, 7. Januar. Der Schnellzug D. 31 a Berlin-Beuthen (Oberschlesien) ist dem Verlonenzug 228 Beuthen-Gleisweg-Berlin, der das Hallejagel überfahren hatte und über Ditzsch stand, kurz hinter Gleisweg in die Plante gefahren. 15 Personen sind leicht verletzt, der heizer des Verlonenzuges schwer. Die Lokomotive des D-Zuges ist unangelegt und schwer beschädigt.

Banker begehrt Selbstmordverurteilung.

Berlin, 7. Januar. Ein Selbstmordversuch unternehmender Bankier Fritz Steinfeld, der Mitinhaber des Bankgeschäfts R. u. F. Steinfeld in einem Waffengeschäft in der Französischen Straße in Berlin. Der Bankier kaufte sich dort eine Pistole und schloß sich sofort eine Kugel in den Kopf, die die Sehnen beider Augen verletzete. Schwerverletzt wurde Steinfeld in die Universitätsklinik eingeliefert. Der Anlaß zu dem Selbstmordveruch ist noch ungeklärt.

Urteil gegen Duesterberg.

Halle, 7. Januar. Die Strafkammer verhandelte erneut gegen den zweiten Vorsitzenden des Stahlwerks, Oberstleutnant a. D. Duesterberg, wegen Beleidigung des früheren preussischen Innenministers Gezelinski und des Regierungsverwaltungsdirektors von Sarnack in Merseburg bei einer Rede für das Volksgeheimnis. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft gegen das frühere Urteil der Strafkammer, das am 150 RM lautete, hatte das Reichsgericht die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Strafkammer zurückverwiesen, die jedoch in ihrer jetzigen Entscheidung das erste Urteil aufrecht erhielt. In der Begründung des Urteils wurde betont, daß der Angeklagte in begreiflicher Erregung gehandelt habe.

Treviranus über Zinsenlenkung.

Königsberg, 7. Januar. Aus vor der Absicht des Sonderzuges mit Reichstags-Brüning hatte ein Reichstagsrat Gelegenheit, Reichsminister Treviranus nach der Möglichkeit einer Zinsenlenkung für Umwidlungshypothen zu fragen. Der Minister erklärte, bei allen Umwidlungshypothen aus den Jahren 1928 und 1929 liege eine Senkung um 5 v. H. vorzuziehen, während die für die ermittelten Hypothen grundsätzlich nicht ermöglichen liege. Zu der Frage nach der Möglichkeit einer allgemeinen Zinsenlenkung wies der Minister auf die Zweckmäßigkeit einer solchen Maßnahme gegenüber den ostpreussischen Städten hin, da ja doch auf Grund der allgemeinen Steuern die Reichsüberweisungen an die Städte erfolgen.

12 Tote durch Wirbelflur.

Newport, 7. Januar. Nach den letzten Meldungen sind bei dem Wirbelflur im nordamerikanischen Staat Nordcarolina bisher 12 Menschen ums Leben gekommen und 130 verletzt worden. Der Sachschaden beläuft sich auf mehrere Millionen Dollar.

Alms Johnsons Flugzeug schwer beschädigt.

Die Fliegerin im Auto in Warschau eingetroffen.

Warschau, 7. Januar.
Infolge stark angelegter Wege ist das Auto, welches die englische Fliegerin Alms Johnson von dem Ort ihrer Notlandung nach Warschau bringen sollte, erst am nächsten Tage hier eingetroffen. Die Fliegerin erlitt sich besser Gesundheit und befindet sich zu Fuß in der englischen Postkutsche.

Am Ort der Notlandung traf ein Mechaniker des ersten polnischen Fliegerregiments ein, der die Reparatur des Apparates vornehmen soll. Bei der Notlandung ist, wie nunmehr festgestellt wurde, auch der Propeller gebrochen, der durch einen neuen ersetzt werden muß. Das Flugzeug hat nur geringe Beschädigungen davongetragen. Von schiffmännischer Seite wird der Fliegerin inbetrogen, den Weiterflug so lange zu verschieben, bis günstiger Wetterverhältnisse, besonders über Ausfall, wo augenblicklich sehr starke Fröste und teilweise Nebel herrschen, eintreten werden. Wie im letzten Augenblick verlautet, soll auch ein Flügel stark beschädigt worden sein, so daß die Reparatur erst in Warschau vorgenommen werden kann, wobei das Flugzeug wird überführt werden müssen. Der Weiterflug der Fliegerin dürfte daher erst zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden.

Schwerer Wirbelflur über den Philippinen.

130 Todesopfer. - Zahlreiche Schiffe gestrandet.

Newport, 7. Januar.
Der schwere Wirbelflur, der die Philippinen heimlich, hat nach den letzten Meldungen 130 Todesopfer in den Gewässern der Insel Java und Jolo gefordert, wo 30 Zerstörer kenterten. Sämtliche Infollo erkrankten.

Am Hofen von Cebu sanken drei Dampfer, ein Motorschiff und zwei Barkassen. Fünf größere Schiffe sind gestrandet. Auf der Insel Lepo hat der Wirbelflur die gesamte Kolosseure vernichtet und schweren Sachschaden angerichtet.

Kleine Chronik.

Einbruch in ein Kino wegen des Remarque-Films. Die Polizei hat einen Einbruchsvorfall in das Schwabenkino in Wien festgestellt, in dem der Remarque-Film öffentlich aufgeführt werden soll. Im Kino selbst sind auf einer Leuchterspannung im Orchester Brandfäden und Leuchter festgestellt worden. Die beiden bei dem Einbruchsvorfall verhafteten jungen Leute haben erklärt, es habe sich bloß um eine Demonstration gegen den Remarque-Film gehandelt. Sie hätten wohl gewußt, daß diese Leuchterspannung imprägniert und daher unverbrennbar sei. Am Verdacht der verhafteten Brandstiftung sind noch zwei junge Leute festgenommen worden.

Norwegischer Dampfer untergegangen. Der norwegische Dampfer „Tricolour“ (6000 Tonnen) ist kurz nach dem Verlassen des Hafens von Colombo infolge einer Explosion gesunken. Der Kapitän, der Funker und zwei Matrosen wurden getötet. Von den zwölf Passagieren sind einer nermist. Die Ueberlebenden sind von dem Dampfer „Porthos“ an Bord genommen worden.

Dänemarf im Schnee. Ueber Dänemarf gehen große Schneemengen nieder, die zu starken Störungen aller Drahtverbindungen führten. Alle direkten Leitungen zwischen Kopenhagen und Jütland sind unterbrochen. Auf der Insel Seeland liegen zahlreiche Kraftanlagen im Schnee fest. Alle Züge kommen mit großen Verzögerungen an.

Ueberflutungen in Holland und Belgien. Der Rhein, sein Nebenfluß Maas und die Waas sind stark gestiegen und haben weite Sandtreten überflutet. Viele Dörfer sind gefährdet. Die Maas ist innerhalb 24 Stunden um 32 Zentimeter gestiegen. - Bei Ammer, bei Lüttich und in einigen benachbarten Orten ist die Waas über die Ufer gestiegen. In Lüttich stehen alle Reis unter Wasser.

Noch keine Nachrichten von den elf vermißten Touristen. Ueber das Schicksal der in den Alpen vermißten elf französischen Touristen, von denen lechs an der französisch-italienischen Grenze von einer Schneelawine verschüttet wurden, vier von einem Ausflug in der Nähe von Grenoble nicht zurückkehrten und einer unweit Briancon abgestürzt liege immer noch keine Nachrichten vor. Den Rettungsmanövern ist es lediglich geglückt, bis an die Unfallstelle der lechs verschütteten Opfer vorzudringen. Wegen der ungeheuren Schneemengen rechnet man nicht damit, vor den nächsten Tagen die Freilegung der Opfer bewerkstelligen zu können.

53 Fischer auf einer Eischolle abgetrieben. Im Rappahen Meer wurden 53 Fischer auf einer Eischolle fortgetrieben. Mehrere Milliarbeiter der russischen Flotte sind angelandet worden. Die Fischer zu retten. Bis jetzt sind sieben Fischer getötet worden.



Hoehch am Sarge Joffres.

Der deutsche Vorkapfer in Paris, Herr von Hoehch, verläßt das Hospital St. Jean de Dieu, wo er am Sarge Mariagehall Joffres weilte.

Arbeitsmarktlage im Bezirk des Arbeitsamts Halle.

Die Zahl der Unterfertigen stieg in der Berichtszeit von 20434 um 2184 = 10,7%, auf 22618, die der Arbeitsfindenden von 34158 um 2934 = 8,6%, auf 37092. In den städtischen Bezirken war die Steigerung wesentlich geringer als in den ländlichen Kreisen; die Steigerung der Zahl der Arbeitsfindenden betrug in Halle-Stadt + 3,2%, Merseburg-Stadt + 6,9%, Saalkreis + 16%, Merseburg-Land + 7,9%, Querfurt + 20%, Saalkreis + 21%. Die Einstellung der privaten Bauwirtschaft in den ländlichen Bezirken, die größtenteils burdageführte Beendigung der Zukunfts-kampagne und die restlose Erzielung der landwirtschaftlichen Außenarbeiten haben zu den oben angegebenen Steigerungen beigetragen. In den städtischen und industriellen Bezirken wirkt sich die Einrichtung der Winterbauprogramme für Wohn- und Straßenbau zur Zeit noch arbeitsmarktentlastend aus.

Die weiblichen Berufs waren an der Erfindung der Zahl der Arbeitsfindenden in gleicher Weise beteiligt wie die männlichen; auch hier blieb die Steigerung in den Städten wesentlich hinter der des Landes zurück.

Für die städtischen Arbeitsfindungen drachte das Weisheitsgesetz und zum Teil Schlocker eine merkliche Arbeitsmarktlage, die allerdings gegenüber früheren Jahren später einsetzte, als bei den ländlichen, und sich nicht in demselben Ausmaß vollzog. Der größeren Vorteil der weisheitsgemäßen Entlastung des Arbeitsmarktes hatten die weiblichen Berufsarten. Besonders gelüht waren Friseurinnen und Friseurinnen, sowie Schneiderinnen. Der Handel hatte hinsichtlich des Bedarfs an Bedienungspersonen mit Beschäftigung der Beschäftigten und der Nahrungsmitteleinzelhandel.

Unverändert ungünstig blieb trotz einiger Neueinstellungen die Lage in der Metallindustrie und im Bergbau. Ein großer Teil der Braumarbeiter konnte von der Produktion entgegen früherer Jahren nicht übernommen werden. Die milde Witterung hat die Abfrage an Hausdarbkräften weiter verringert, während die Industrieabfrage durch die Beendigung der Zukunfts-kampagne sprunghaft nach unten abgielnt.

Gruß an Oberschlesien.

Nationale Kraft durch Einigkeit.

Gleiwitz, 6. Januar

Zu dem bevorstehenden Reichstagswahlkampf in Oberschlesien persönlich die „Oberschlesische Volksstimme“ einen Gruß des Ranzlers an Oberschlesien, in dem es u. a. heißt: „Unsere ganze deutsche Vergangenheit lehrt uns, daß unsere nationale Kraft in der Einigkeit liegt. Nur in hartem Zusammenhalten können wir aller Gefahren Herr werden, die uns von innen und außen drohen. Nach Oberschlesien führt mich der Beizug zu einem Zeitpunkt, der als die entscheidende Wiederkehr des Abstimmungslandes ein Denkmal ist für freie deutsche Meinung und ihre Stärke und Widerstandskraft gerade in schwerer Zeit. Die zehn Jahre, die seit der Volksabstimmung verstrichen sind, haben mit der allgemeinen auf Deutschland liegenden Not auch für Oberschlesien seine Erleichterung, sondern sogar noch weitere Belastungen gebracht. Mit Stolz bildet deshalb das deutsche Volk auf diesen Landesteil, der sich trotz seiner Fertigstellung und seiner wirtschaftlichen Bedingnisse den ungebeugten Lebenswillen bewahrt hat. Mit dazu beizutragen, diesen Lebenswillen zu stärken und ihn vertrauensvoll auf die Zukunft zu richten, gilt mir als besonders wichtige Aufgabe.“

In Lauenburg

Lauenburg i. Pom., 6. Januar.

Reichsminister Dr. Brüning und Reichsminister Treusmann trafen in Lauenburg ein. In Begleitung der beiden Minister befanden sich der Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. Dörpmüller, Generalleutnant Schindt und aus Stettin sowie zahlreiche Ministerialbeamte und Vertreter der preussischen Regierung sowie des Oberpräsidiums. Nach einigen einleitenden Ausführungen des Oberpräsidenten, der ein Gelambild der pommerischen Not entwarf, ergriff zunächst Landrat Kreyman-Lauenburg das Wort zu einer Schilderung der Notlage, die durch die Grenzschließung im Osten hervorgerufen worden sei.

Der Präsident der Landwirtschaftskammer, von Fleming-Bachitz, wies auf die Dringlichkeit der Hilfe für die Landwirtschaft hin und übte an den bisherigen Methoden schärfste Kritik.

Syndikus Dr. Siemering und Syndikus Dr. Mengel-Stettin schilderten die Lage von Industrie und Handwerk in den Grenzorten, die ebenfalls im Zeichen der Not ständen.

Reichsminister Dr. Brüning dankte den Rednern für die ihm erteilten informativsten Vorschläge, die ihm ein genaues Bild von der jurchbaren Not des deutschen Ostens vermittelt hätten. Seine Reise gelte der Feststellung der deutschen Not. Er wolle sich selbst überzeugen, wie die Verhältnisse in Danzberg, Ostpreußen und überhaupt in der ganzen Ostmark lägen.

Dr. Kuhfer und die Ostreise.

Berlin, 6. Januar.

Reichsbankpräsident Dr. Kuhfer, der bisher durch andere dringende Dienstgeschäfte zurückgehalten worden ist, wird am Dienstagabend Berlin verlassen, um sich der Ostreise des Reichszanzlers von Allenstein an anzuschließen.



Die letzte Ruhestätte Heinrich von Stephan.

Unser Bild zeigt das Grab Heinrich von Stephan auf dem Dreifaltigkeitskirchhof in Berlin.

Börse und Handel.

Berliner Produktenbörse.

Am der Berliner Produktenbörse vom Dienstag konnte sich die Preisliste nicht behaupten. Der Kurs für Weizen ging um etwa 1 Mark zurück. Das Angebot für Roggen war ausreichen bei anhaltender Nachfrage der Mühlen. Am Weizenmarkt war die Lage sehr ruhig. Hafer hatte festige Tendenz. Das Angebot blieb knapp.

Notierungen:

Weizen ab märk. Stck.	258—260	Weizenf.-Relasse	—
Roggen do.	156—159	Haps	—
Roggenbo. do.	200—216	Leinöl	—
Hafer u. Indufst.	—	Stiftoraerben	27,00—31,00
Gerte do.	188—194	M. Speiserb. do.	19,00—21,00
Hafer do.	141—145	Futtererben	—
Wais lotto Berlin	—	Berufolien	—
Wagge, 8kg	—	Wasserbohnen	17,00—18,00
Waggenmehl p. 100	—	Widen	18,00—21,00
Milo fr. Bln. br.	—	Lupinen, blaue	—
inff. Sad (feinste)	—	Lupinen, gelbe	—
Wais lio. (rot)	29,75—37,20	Serrahelle, neue	9,20—9,70
Waggenmehl p. 100	—	Wassersüßholz, 38%	15,00—15,40
Milo fr. Bln. br.	—	Erdmandeln	5,00—5,90
inff. Sad	26,65—26,75	Erbsen, 45%	12,50—13,00
Wais lio. (rot) fr. Bln.	9,75—10,00	—	—
Waggenmehl fr. Bln.	8,75—9,20	—	—

Amstlicher Berliner Schlachthausmarkt.

Aufläufe: 1269 Rinder (davon 208 Schafe, 846 Bullen, 717 Kühe und Färsen), 1530 Rind, 3380 Schafe, 11076 Schweine, 1302 Zusatzschweine — 3 Reile für einen Zentner Lebendgewicht in Reichsmark:

Ochsen:	6. 1.	2. 1.
1. vollf., ausgemästete, höchsten Schlachtwerts	—	—
hingere	57—59	57—59
ältere	—	—
2. sonstige vollfleischige	53—55	53—55
3. fleischige	51—52	50—52

4. gering genährte	46—49	46—49
Bullen:	—	—
1. jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts	52—55	52—55
sonstige vollfleischige oder ausgemästete	50—52	50—52
2. fleischige	40—50	40—50
3. gering genährte	46—48	45—48

Kühe:

1. jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwerts	40—45	40—46
sonstige vollfleischige oder ausgemästete	32—38	32—38
2. fleischige	36—38	36—38
3. gering genährte	24—27	24—27

Färsen (Kälbinnen):

1. vollf., ausgemästete, höchsten Schlachtwerts	51—54	51—54
2. vollfleischige	46—50	46—50
3. fleischige	40—45	40—45

Kälber:

1. mäßig genährtes Jungeoch	40—47	40—47
Kälber:	—	—
1. Doppellender beiter Mast	75—81	75—81
2. beste Mast- und Sangfäher	60—75	65—72
3. mittlere Mast- und Sangfäher	45—55	40—50
4. geringe Kälber	—	—

Schafe:

1. Mastlämmer und jüngere Mastlämmer	—	—
Widder:	—	—
1. mittlere Mastlämmer, ältere Mastlämmer	62—63	61—63
2. gute Mastlämmer	58—60	57—60
3. gut genährte Schafe	43—45	42—45
4. fleischiges Schafvieh	52—56	52—55
5. gering genährtes Schafvieh	35—41	35—40

Schweine:

1. Fetttschweine über 300 Pfd. Lebendgewicht	62—64	61—63
2. vollfleischige von 240—300 Pfd. Lebendgew.	63—65	62—63
3. vollfleischige von 200—240 Pfd. Lebendgew.	62—65	61—63
4. vollfleischige von 160—200 Pfd. Lebendgew.	60—63	60—62
5. fleischige von 120—160 Pfd. Lebendgew.	55—60	55—58
6. fleischige unter 120 Pfd. Lebendgewicht	—	—
7. Sauen	58	58

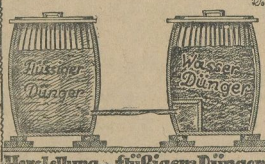
Marktpreis für: Rinder mittelmäßig, Kälber flott, Schweine ziemlich glatt, Schmalz glatt.

Berliner amtliche Notierung für Kaufpreise. Drahtpreis des Roggenstroh (Quadratballen) 0,75—0,75, do. Weizenstroh 0,55 bis 0,65, do. Haferstroh 0,55—0,65, do. Gerstentroh 0,55—0,65, Roggen-Sangstroh (zwei mal mit Stroh gebündelt) 0,75—1, bindenpreis des Roggenstroh 0,70—0,85, do. Weizenstroh 0,60—0,70, haferl 1,45—1,50, Tendenz ruhig handelsübliches Heu, gesund und trocken, nicht über 30% Belag mit minderwertigen Gräsern 1,30—1,70, gutes Heu, desgl. nicht über 10% Belag 1,80—2,20, zugere. l. o. e., Tümmel, l. o. e. 2,80—3,15, Kleeh. l. o. e. 2,00—3,00, Weizenheu, reif l. o. e., do. (Märkte) 1,80—1,80, do. (Hafen) 1,20 bis 1,50, Am. Tendenz still. Drahtpreis des Heu 40 Rpt. über Stroh. Die Preise verließen sich als Erzeugerpreis ab mächtigen Stationen, frei Waggon, für 30 Kilogramm in Reichsmark.

Berliner Butterpreise vom 6. Januar. Amtliche Notierung ab Erzeugerfabrik, Frucht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: 1. Qualität 137, 2. Qualität 126, obaltende Sorten 110. Tendenz ruhig.

Landwirtschaftliches.

Der Gemüsegarten im Januar. Soweit die Bodenbearbeitung, das Düngen, das Umhegen des Komposthaufens, das Säubern der Beete usw. noch im Rückstand sind, sind diese Arbeiten bei entsprechendem Wetter zu Ende zu führen. Alle zum Vorbeigehen kommenden Wurzeln ausdauernder Kräuter wie Schachteln, Krenschmetzen, Wicken, Pfeffer und Quaden werden gesammelt und am besten verbrannt. Auf den Winterlat und den Spinat bringt man zuerst eine Lage von Heilig oder anderen groben Reifen und deckt dann darauf Stroh oder Stroh. Durch einige übergelegte Latzen und Bohnenstangen verhilft man ein Einfrieren dieser Beete durch den Wind. Es gibt eine Reihe von Gemüsen, die nur sicher und gut können, wenn sie im Herbst kausalat die volle Winterfestigkeit genießen, so zum Beispiel Zwiebeln, Breitlauch (Porree), Erbsen und Möhren. Man ist sie deshalb, sobald der Boden offen und oberflächlich abgetrocknet ist. Es ist dafür zu sorgen, daß das Saatgut im Boden richtig angebrütet wird. Bewährte Sorten von Frühkartoffeln sind Halslange von Danies, Kaiser, Markt, Frankfurt, Preis, als Winterernte die Subenburger und Reiches Lobbericher zu nennen. Von den Erbsen verdienen die Sorten, die Reifer erhalten müssen und mindestens 80 Zentimeter Höhe erreichen, den Vorzug. Als eine der besten Zwiebeln hat die Gelbe Zittauer empfohlen werden. Möglich ist es, unter die Zwiebel- und Möhrenlaas eine unter den Porreeformen ein wenig Stachel- oder Spinat zu tun. Die Samen gehen schnell auf, während diese lange liegen, so daß sie gefährdet sind, von Unkraut unterdrückt zu werden. Der mit eingetaste Stachelat oder Spinat läßt die Reihen leicht erkennen, so daß rechtzeitig gegen das Unkraut gebadet werden kann.



Herstellung des flüssigen Düngers

In manchen Gärten ist der flüssige Dünger zum größten Nachteil für den Besitzer immer noch zu gut und unbekannt. Man düngt im Herbst bzw. im Frühjahr und glaubt, damit genug getan zu haben. Will man aber den größtmöglichen Nutzen aus seinen Gemüsgärten ziehen, ist es mit dem einmaligen Düngung nicht genug. Jede Pflanze verlangt zu gewissen Wachstumszeiten neue Nahrung. Und das ist eben der flüssige Dünger an seinen Plätze. Nur kann man gleichmäßig verteilen und zur rechten Zeit in rechter Stärke geben, was bei festen Düngern nicht immer der Fall ist. Nun wird man mir vielleicht entgegenhalten, daß es nicht für jeden Mann leicht ist, stets flüssigen Dünger zu gegebener Zeit zur Hand zu haben. Dem ist gesagt, daß auch der kleinste Schrebergärtner sich dieses wertvollen Material mit geringer Mühe beschaffen kann. Man verfähre folgendermaßen: In diesen untern Zeichnung veranschaulicht, braucht man dazu zwei Tonnen, je nahe am Boden durch ein Rohr verbunden werden. In der einen Lonne, die den festen Dünger aufnehmen soll, wird der Rohreinflaß gegen Werkstopfen durch einen vorgelegten Holzstapel geschloßt. In die Lonne fällt man nun Dünger von Festsig, Komischen, Stiegen, Latrine usw. und läßt Wasser hinzü, am besten Regenwasser. In diesen Jued kann man die Lonne unter der Dachrinne aufstellen und etret die Rinne ab, wenn die Lonne gefüllt ist. Mit einem Stabe rührt man das Gemisch häufig um. Der flüssige Dünger wird nun durch die verbindende Röhre in die zweite Lonne fließen, woraus dann nach Bedarf geschöpft werden kann.

Bekanntmachung.

Betrifft Abgabe von Holz an Minderbemittelte. Die Oberförsterei Ziegelroda hat dem Magistrat Brennbolz zur Verteilung an Minderbemittelte zu betriebsgelegten Bretten zur Verfügung gestellt.

Diejenigen Minderbemittelten, die Holz durch Vermittlung des Magistrats beziehen wollen, werden aufgefordert, sich während der Dienststunden bis Sonnabend, den 10. d. Mts. im Magistratsbüro zu melden.

Nebra, den 7. Januar 1931.

Der Magistrat. Gehlbach.

Schützenhaus

Am Sonntag, den 11. Januar, abends 8 Uhr

Abonnementskonzert

der Stadtkapelle Nebra
mit auserwähltem Programm.

Anschließend **Tanzkränzchen**

Eintrittskarten sind auch an der
Abendkasse noch erhältlich :-)

Um zahlreichen Besuch bitten

C. Stein. R. Janda

Achtung! Boransige. **Achtung!**
Stadt-Bildspiele, Preußischer Hof
Sonntag, den 11. Januar 1931, abends 8 1/2 Uhr

Der größte deutsche Konfilm mit
Emil Jannings, Martine Dietrich in
Der blaue Engel



Post- Sondernummer der WOCHE

versorgende Mitarbeiter der
Nachpostämter, verschiedene
Sausackerei und Mineral-
wässer, Werne Baumgarten,
Wolgast Götze u. v. a. Farbige
Reproduktionen kostbarer Marken.
Eigene Bilder aus der Postgeschichte.
Dazu Gronaus Tagebuch vom
Amerikafahrt

Besorgen Sie sich für 50 Pfg.
das Postheft der **WOCHE**



Für arbeitswilligen Jungen (15 1/2 Jahre alt) aus
einfacher Familie suche

Bäcker-Lehrstelle.

Gesl. Zuladungen an
Lehrer Ott, Berlin-Karlshorst,
Dorotheenstr. 27.

Lesen Sie die neue interessante Zeitschrift

WAHRE DETEKTIV

Geschichten

Alle 14 Tage ein Heft zum Preise von

25 Pfg.

Die „Wahren Detektiv Geschichten“,
bringen nur wahre, mit Originalphotos
illustrierte Schilderungen
spannender Detektivabenteuer

Zu beziehen durch:

den
Verlag des Nebrorer Anzeiger

Drucksachen

liefert
prompt
und
preiswert
die

aller Art
für alle Geschäftszwecke
für jeden Privatbedarf
in besten Ausführungen

Buchdruckerei Wilh. Sauer

Nebrauer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Köhleben.
Druck, Verlag und Briefabdruck: Sauer'sche Buchdruckerei, Köhleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Fran Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenamt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Wanderverein Artern.

Nr. 4

Donnerstag, den 8. Januar 1931.

44. Jahrgang

Arbeit statt Stempelgeld.

Dietsch über die nächsten Aufgaben.

Stuttgart, 7. Januar.

Auf der Landesversammlung der württembergischen Demokraten sprach Reichsfinanzminister Dietsch über die Wirtschaftskrise, das Arbeitslosenproblem und die Reparationsfrage. Der Brettsabau, der teiler oft von einem Teil der Bevölkerung lächerlich gemacht werde, bringe einen gewissen Ausgleich für den Gehaltsabbau. Die größte Sorge sei die Wirtschaftskrise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit, die zunächst noch vermindert werde durch die Auseinanderberungen im Kohlenreue, die die Regierung aber zu bewältigen hoffe. Auf 2,2 Milliarden Rm. würden die Ausgaben für die Arbeitslosen über die Wohlfahrtsunterstützungen geschätzt, 1,7 Milliarden Rm. betragen die Tributlasten über 2 Milliarden Rm. die inneren Kriegslasten Deutschlands.

Die Frage sei nun: können wir unter heutigem Wirtschaftskrisen in dieser Form erhalten? Der Redner behauptete diese Frage: Er lehne den Sozialismus grundsätzlich ab, sei aber der Meinung, daß die Aufrechterhaltung des privatrechtlichen Systems nur möglich sei, wenn die Mängel, an denen es leide, ausgemerzt werden könnten.

Ein System, das nicht infandne wäre, mit der gegenwärtigen ungeheuerlichen Arbeitslosigkeit aufzuräumen, wäre dem Untergang verfallen.

Man dürfe sich daher einen Zweifel darüber hingeben, daß es die Lebensfrage sei, nicht durch Verkleinerung der Arbeitslosen zu unterliegen, sondern sie zu beschaffen.

Für den Augenblick sei zu prüfen ob es einen Weg gebe, die Arbeitslosigkeit anzufordern. Der Redner, daß wir für Millionen von Arbeitslosen über 2 Milliarden Rm. ausgeben (mit dem, was die Gemeinden zahlen, seien es nahezu 3 Milliarden), ohne einen Gegenwert zu bekommen, sei so ungeheuerlich, daß trotz aller Bedenken das Betreten neuer Wege gemacht werden dürfe.

Wenn wir zuerst in einem Monat eine Viertelmilliarde brauchen für die Arbeitslosen, so könnte es vielleicht nicht allen vermessen sein, wenn man verstände, mit dieser Summe entweder die entscheidenden Rohproduktionen anzukurbeln, oder aber eine verarbeitende Industrie, die besonders viel lebenswichtige Rohprodukte verbraucht, in Bewegung zu bringen.

Er sehe darin keine Subventionen, wenn man in diesen Bereichen das, was die Arbeitslosen kosten, zur Verbilligung und zur Vermehrung der Produktion verwende, indem man für jeden Arbeitslosen eine entsprechende Summe ausgibt. Der Minister erklärte, er wisse, daß über diese Dinge der größte Sturm losgehen werde. Aber um 4 Millionen Menschen in Gefahr sein, in die Verarmung getrieben zu werden, seien positive Maßnahmen alles. Wir brauchen die Dinge nicht für die Ewigkeit zu machen, wir könnten sie einmal für ein Viertel- oder ein halbes Jahr probieren.

Man werde hier einwenden, alle Hoffnungen seien verloren, wenn die Reparationsfrage nicht gelöst werde.

Die Zahlung der Reparationen bedeute allerdings nicht nur einen Kapitalverlust für die deutsche Wirtschaft, in einer Menge, die genügen würde, die gesamte Wirtschaft Deutschlands anzukurbeln, sondern sie bedeute dadurch, daß wir das Kapital abgeben müßten, und durch den Verlust der Anordnungsmaßnahme eine steigende Menge Arbeitsloser, die wiederum die deutsche Volkswirtschaft belaste.

„Ich kann heute nicht sagen, welche Schritte die Regierung in der Reparationsfrage zu tun gedenkt. Aber wenn wir diese Angelegenheit anfallen müssen, weil die Verhältnisse sich so entwickeln, daß ein anderer Weg der Erhaltung der deutschen Wirtschaft nicht mehr offen ist, werden wir sie auf dem Boden der bestehenden Verträge anpacken. Man wird uns nicht mehr vorwerfen können, daß wir unsere steuerliche Befreiung nicht hoch genug geschraubt haben.“

Der Redner ging dann auf die politische Verwahrlosung ein. Er wies darauf hin, daß ein Abgeordneter zugegeben habe, daß er kein Ehrenwort gebrochen und erklärt habe, er werde das in Zukunft unter Umständen aus politischen Gründen wieder tun. Er verwies darauf, daß die Nationalsozialisten im Reichstag die Dummen, die nicht alle werden, mit unerfüllbaren Anträgen belästigen.

Niejemigen, die heute an der Spitze des Reiches stehen, glauben an die Lebensfrage und die Zukunft des deutschen Volkes. Wir haben nicht die Pflicht, das Steuer des Staates aus der Hand zu geben. Wir wissen, daß es schwer ist, die Wege zu sehen und zu gehen, die ins Freie führen. Aber wir sind entschlossen, uns durch den ungeheuren Zerfall im deutschen Volk und manches geradezu unvorstellbare Gebaren den Blick für das praktisch Mögliche nicht trüben zu lassen und den Kampf ebensofort mit Ruhe wie mit Energie zu führen in dem Bewußtsein, daß die Gegenwart die geleistete Arbeit nicht anerkennt, daß es aber darauf ankommt, wie sie in der Zukunft sich auswirkt.

Der Kanzler in der Grenzmark.

Die Verhandlungen in Königsberg

Rummelsburg, 7. Januar

Der Reichskanzler und die ihn auf der Ostreise begleitenden Herren begaben sich nach ihrer Ankunft in Rummelsburg nach dem Landratsamt, wo sie von Landrat

Brerner begrüßt wurden. Am Anlauf hieran gaben Landrat Brerner und Rittersgutbesitzer Weisner-Zuckers eine ausführliche Darstellung der Lage des Kreises Rummelsburg.

Reichsminister Treutmann betonte in seiner Antwort, daß die Reichsregierung durch die innerpolitische Entwicklung des letzten Sommers und Herbstes an der Durchführung der Kreditation, für die sich die damals auf den ausländischen Märkten Möglichkeiten geboten hatten, verhindert worden sei. Aber auch jetzt sei man bemüht, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Man sei aber entschlossen, in der Frage der Senkung der Zinsen und Zinsen den Weg weiterzugehen, den man bereits beschritten habe. So würden die Zinsen für die Landwirtschaftshypotheken, mit denen die Personalrechte abgegolten würden, von 11 bis 14 Prozent auf 5 Prozent gesenkt.

Reichsminister Dr. Brüning unterrichtete die Ausführenden des Reichsministers Treutmann und betonte gleichzeitig, daß durch die innerpolitische Entwicklung des letzten Jahres die Wirkung der Dillhilfe verzögert worden sei.

Besonders gefährlich in einer derartigen Zeit der Not sei eine Danikfälligkeit, die unweigerlich den Staatskredit und damit wiederum gerade die für den Osten beabsichtigte Hilfe gefährden müßte.

Die Aussprache in Schneidemühl.

Bald darauf erfolgte die Weiterfahrt nach Schneidemühl. Oberpräsident Dr. h. c. v. Bülow war dem Reichskanzler bereits am Vormittag entgegengefahren. Auf dem Bahnhof Schneidemühl hatte sich zur Begrüßung der Vizepräsident des Oberpräsidiums Gönke eingefunden.

Am Oberpräsidium fand eine eingehende Aussprache mit den Spitzen der Behörden statt.

Landeshauptmann Dr. Capary verwies auf die besonderen Eigenschaften der Grenzmark.

Die einzelnen Wünsche und Forderungen der Grenzmark trugen sodann der Landwirtschaftsministerpräsident Weber, der Präsident der Industrie- und Handelskammer, Pollert, Handelskammerpräsident Schulz, Ministerialrat Frankenhäuser, der Präsident des Landesvereins des Brandenburgischen Bauern, Gemeindefürsorgepräsident Zrumbach, Landrat Maibom, Oberbürgermeister Schröder und Reichstagsabgeordneter Wege.

Reichskanzler Brüning wies in seiner Antwort auf die Schwierigkeiten der Regierung hin und fuhr dann fort: Die Unterhaltungen, die wir heute morgen hatten, haben uns gezeigt, daß trotz guten Willens auf allen Seiten es gerade für die östliche Landwirtschaft, aber auch für das östliche Gewerbe eine Reihe von Fehlerquellen gibt, die unbedingt beseitigt werden müssen.

Eines ist entscheidend auch für den Osten: Das ist der Mut zur Selbsthilfe. Ich habe die Pflicht, dieses Wort auszusprechen, und ich lese diese Selbsthilfe nicht nur in einer Verbindung gewerkschaftlicher Arbeit, in einer Vereinfachung vieler damit zusammenhängender Dinge, in einer Verminderung von Steuern, die wir in vielen Gruppen kennen lernen, sondern in etwas anderem: Die elementare Selbsthilfe ist die politische Selbsthilfe. Was es heißt, wenn im Osten sehr stark agitatorische Worte bei jeder Gelegenheit gebraucht werden und der Osten nicht die Kraft hat, im Reichstage es durchzuführen, daß seine Abgeordneten die Mittel, die nötig sind zur Rettung des deutschen Volkes, aufbringen.

Mit Dankesworten für das treue Aussharen und dem Gelübdis, die Grenzlande allezeit zu schützen, schloß der Kanzler.

Der Sonderberichterstatter des „Journal“

Unter der Ueberschrift „Deutschland läßt keine Gläubiger nicht im Stich“ — verliert den Mut nicht“ bringt „Sonntags Nachrichten“ eine Unterredung mit dem Reichspräsidenten Luther. Dr. Luther erklärte dem Blatt folgende u. a.: Wenn man noch irgendwo an der Stabilität der deutschen Reichsmark gezweifelt habe, so muß die Kritik, die Deutschland jetzt überwinden hat, die Zweifel eines Besseren belehren haben. Mit großem Nachdruck muß von deutscher Seite betont werden, daß zum Youngplan auch die Voraussetzungen gehören, die von den anderen erfüllt werden müssen. Deutschland kann keine Tributzahlungen nicht leisten, wenn es nicht ausreicht ausführen kann.

Es ist weiter unvorstellbar, daß die internationale Zunahme der Kaufkraft des Goldes nicht auf die Quote der Reparationszahlungen rückwirken sollte. Der leitende Gedanke des Damesplanes war, Deutschland nicht über den Leistungsermögen zu belasten. Dies muß natürlich auch für den Youngplan gelten. Man muß darauf Rücksicht nehmen, daß der Lebensstandard des deutschen Volkes beibehalten werden kann.

Die veränderten Verhältnisse, die sich aus der Zunahme des Goldwertes ergeben, müssen dem Vorwärtsstrebenden neue Möglichkeiten öffnen. Je deutlicher Deutschland seine Unterdrückung unter dem Youngplan als bindend anerkennt, mit um so größerer Kraft kann das Land von der überhöhten Strafen fordern, daß sie ihre Schuldigkeit tun. Man muß damit rechnen, daß ein zunehmendes Verständnis für die wirtschaftlichen Gefahren der jetzigen Reparationsregelung die Forderung solcher Punkte herbeiführt, die unmöglich beibehalten werden können.

Niedriger hängen!
Paris, 6. Januar.
Der Sonderberichterstatter des „Journal“ fest die sogenannten „Entfüllungen“ über die „gehobenen Vorbereitungen“ Deutschlands fort.

Wirtschaftskraft und eine entsprechende Umwandlung der Bevölkerung nach dem Reich gekennzeichnet. Oberbürgermeister Dr. Lohmeyer schilderte die Entwicklung Königsbergs und wies insbesondere auf die Erwerbslosigkeit und Wohnungsnot hin. Der Präsident der Landwirtschaftskammer, Dr. Franke, führte drei Punkte als besonders wesentlich an: 1. Die Wiederherstellung der Rentabilität in der Landwirtschaft und Steigerung der Produktion der bäuerlichen Veredelungswirtschaft; 2. die Konzentrierung der Hilfsmittel auf eine generelle Zinsen- und Zinsentlastung, und 3. die Heranziehung der Selbstverwaltungen zur Dillhilfe und zur Hebung der Wirtschaft. Des weiteren brachten ihre Wünsche vor der Präsident der Industrie- und Handelskammer Dr. Ritter, ferner der Landwirtschaftsministerpräsident Groß, der in der Befähigung von Arbeit für das östpreussische Handwerk die beste Hilfe für den Osten sieht.

Zum Schluß erklärte Reichsminister Treutmann, der eine Zweck dieser Reise sei die Vorbereitung eines Hilfsplanes, das für Jahre hinaus festgelegt werden soll. Sodann erklärte

Reichskanzler Brüning

man möge nicht glauben, daß die Reichsregierung durch diese Reise über den Pfaffen in den Ostgebieten unterrichtet werden müßte. Das sei in ordnen Maße schon seit Monaten, ja Jahren erfolgt. Wir wissen, daß eine gewisse Nervosität im Volke von Verlautbarungen jenseits der Grenze in den vergangenen Monaten in Ostpreußen eingetreten ist. Wir sind der Ansicht, daß ein Grund für eine solche Nervosität nicht vorhanden ist, wenn wir gemeinsam — Reichs- und Staatsregierung — alle Kräfte daran legen, um zunächst einmal militärisch die offene Wunde im Osten zu schließen. Das andere kommt und muß kommen.

Das ist nicht nur eine Gerechtigkeitsfrage.

Den Hoffnungen und Einschätzungen ist absolut klar, was ich damit gemeint habe. Wir haben mehrmal den Einbruch, aus Stimmungen aus dem Lande, das hat den Begriff der starken Lande gewisse experimentelle Einschläge liegen aber der Wut nach ihnen, zunächst einmal alles zu zerlegen, um eine tabula rasa zu schaffen und dann alles von neuem wieder aufzubauen. Meine Herren, gegen diese Stimmung muß ich mich mit aller Schärfe wenden. Es gibt nur eines für uns, klar zu sehen, frei von Illusionen zu sein und uns auf die Lebensmöglichkeiten zurückzuführen, die uns zurzeit gegeben sind und mit dem Vorhandenen hausabzählen. Sie haben uns Worte der Kritik ausgeprochen. Sie haben Forderungen aufgestellt.

Ich begrüße das. Wir können Kritik sehr wohl vertragen. Aber um eines bitte ich Sie, sorgen Sie dafür, daß die Ostpreußen ihren ganzen Einfluß, ihre ganze politische Macht frei von Extremen und Abenteurerlichen hält. Ich verweise auf die Person des hochverehrten Herrn Reichspräsidenten, der diese Reise mit warmem Herzen verfolgt. Er ist ein Mann von Pflichterfüllung auch in der schwersten Zeit und wenn es ihm am wenigsten gebrannt wird, Sie können versichert sein, daß Ostpreußen niemals vom Reiche ausgegeben wird.

Deutschland und seine Gläubiger.

Stodholm, 6. Januar.

Unter der Ueberschrift „Deutschland läßt keine Gläubiger nicht im Stich“ — verliert den Mut nicht“ bringt „Sonntags Nachrichten“ eine Unterredung mit dem Reichspräsidenten Luther. Dr. Luther erklärte dem Blatt folgende u. a.: Wenn man noch irgendwo an der Stabilität der deutschen Reichsmark gezweifelt habe, so muß die Kritik, die Deutschland jetzt überwinden hat, die Zweifel eines Besseren belehren haben. Mit großem Nachdruck muß von deutscher Seite betont werden, daß zum Youngplan auch die Voraussetzungen gehören, die von den anderen erfüllt werden müssen. Deutschland kann keine Tributzahlungen nicht leisten, wenn es nicht ausreicht ausführen kann.

Es ist weiter unvorstellbar, daß die internationale Zunahme der Kaufkraft des Goldes nicht auf die Quote der Reparationszahlungen rückwirken sollte. Der leitende Gedanke des Damesplanes war, Deutschland nicht über den Leistungsermögen zu belasten. Dies muß natürlich auch für den Youngplan gelten. Man muß darauf Rücksicht nehmen, daß der Lebensstandard des deutschen Volkes beibehalten werden kann.

Die veränderten Verhältnisse, die sich aus der Zunahme des Goldwertes ergeben, müssen dem Vorwärtsstrebenden neue Möglichkeiten öffnen. Je deutlicher Deutschland seine Unterdrückung unter dem Youngplan als bindend anerkennt, mit um so größerer Kraft kann das Land von der überhöhten Strafen fordern, daß sie ihre Schuldigkeit tun. Man muß damit rechnen, daß ein zunehmendes Verständnis für die wirtschaftlichen Gefahren der jetzigen Reparationsregelung die Forderung solcher Punkte herbeiführt, die unmöglich beibehalten werden können.

Niedriger hängen!

Paris, 6. Januar.
Der Sonderberichterstatter des „Journal“ fest die sogenannten „Entfüllungen“ über die „gehobenen Vorbereitungen“ Deutschlands fort.

